

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Grenzen des Wahlkampfes – es geht um das Überleben Europas

Man muss sich nicht unter die Kassandren einreihen (gleichviel welchen Geschlechtes), deren Aufgebot nachgerade Regimentsstärke erreicht haben dürfte, um den Finanzminister mit der Frage aufzuschrecken, ob er denn in diesen düsteren Tagen angesichts der »Krise« nichts besseres zu tun habe, als den helvetischen Gebirgsindianern mit dem Einmarsch der Euro-Kavallerie zu drohen. (Er sollte sich besser an das Geschick des Obersten Custer erinnern.) Oder die Kanzlerin, ob sie von keinen dringenderen Sorgen bewegt sei, als Frau Erika Steinbach mit einem Augenzwinkern zu versichern, dass für sie die Stimmen der Vertriebenen (beziehungsweise deren Kindes-Kindes-Kinder) bei den bundesdeutschen Wahlen mehr zählen als die der gesamten polnischen Journalaille. Übrigens hat Präsidentin Erika – wie sie uns bei ihrem letzten Verbandsaufmarsch aufklärte – keineswegs auf den Sitz in Weiß-der-Teufel welchem Kuratorium der Flüchtlingsgedenkstätte verzichtet, wie wir aus ihrem vorhergehenden Schweigen schließen zu dürfen glaubten, ob solchen Edelmut gerührt: Nein, sagte sie, die Sozen hätten ihr vielmehr den Zugang zu jenem Gremium blockiert, so undemokratisch »wie in Zeiten der DDR«.

Folglich durfte man mit einem neuen Crescendo des polnischen Protestes rechnen. Jetzt ausgerechnet, da die Deutschen samt ihren alten und neuen Partnern in der Europäischen Union vor allem auf eine solidarische Kooperation bedacht sein müssen, wenn wir die Erschütterungen unserer Finanzen und Industrien ohne unheilbaren Schaden überstehen wollen, was uns nur gemeinsam oder gar nicht gelingt. Das ist uns – und, Hand aufs Herz, auch der Kanzlerin – am Ende wichtiger als das Geschick der Alt-Funktionärin Steinbach,



Klaus Harpprecht

(* 1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

die einst gegen die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze und damit de facto gegen die Einkehr Polens in die Europäische Union gestimmt hat. Ihre Gewissensentscheidung, deren Folgen absehbar waren, möge sie mit sich selber ausmachen: Ihre Pension ist durch solchen Heroismus (wenn es denn welcher war) nicht im geringsten gefährdet. Ein stiller Rückzug wäre immerhin eine patriotische Geste.

Man muss nicht die helle Erregung des amerikanischen Nobel-Preisträgers Paul Krugman teilen, um mit dem gebotenen Ernst zur Kenntnis zu nehmen, dass es für die Europäische Union eine Überlebensfrage ist, wie sie der »Krise« begegnen wird: Jede Konzession an den Protektionismus und jede Limitierung des gemeinsamen Marktes konfrontierten uns mit der Gefahr einer Lähmung der Union und der Auflösung des Euro im Säurebad der Depression.

Unsere Krisen-Manager auf der Kommandobrücke der Großen Koalition schießen manchmal vergessen zu haben, dass unsere nationalen Interessen mit denen der EU identisch sind: Ohne den europäischen Markt sind wir nicht lebensfähig – also sollten wir alles tun, das in unserer Macht steht, um unseren Nachbarn und Partnern – und damit zuletzt uns selber – auf die Beine zu helfen. Frau Merkels und Peer Steinbrücks Sträuben gegen ein gemeinsames europäisches Krisenprogramm, wie es Nicolas Sarkozy vorschlug, erinnerte ein wenig an das

angstvolle Misstrauen der ersten deutschen Touristen, die sich nach dem Krieg in die Welt wagten: Sie hätten sich am liebsten die Taschen zugenäht, weil sie tief davon überzeugt waren, dass sie in der Fremde nur beklaut würden. Hat nicht jeder unserer Finanzminister, gleich welcher Couleur, vor jeder neuen Etappe der europäischen Integration Zeter und Mordio geschrien, weil er seinen Haushalt gegen die Beutegier der Partner verteidigen zu müssen glaubte («Zahlmeister Europas» die dämliche Parole, in der sich Furcht und Selbstüberschätzung mischten): und allemal waren es die Deutschen, die vom europäischen Fortschritt am meisten profitierten.

Die Kanzlerin und der Finanzminister haben ihre starre Haltung in den vergangenen Monaten ein wenig gelockert. Eine europäische Wirtschaftsregierung, die es in der Tat brauchte – ohne die sakrosankte Unabhängigkeit der Zentralbank zu berühren –, betrachten sie nach wie vor als eine dirigistische Marotte der Franzosen. Die Götzendämmerung des Ultra-Liberalismus, deren Zeugen wir sind, könnte sie eines Besseren belehrt haben. Fassen wir uns – ehe es der Wahlkampf verbietet – für einen Augenblick an die eigene Nase: Frankreichs Banken leisteten sich, alles in allem, nicht die liederlichen Exzesse, die unser Finanzwesen zugrunde gerichtet haben: die Landesbanken, das Milliarden-Spielzeug der Politiker, leider nicht ausgenommen.

Es wäre zu wünschen, wenn der aufkommende Wahlkampf einen weiten Bogen um die »Krise« und die Programme zu ihrer Bewältigung schlugen, zumal im Zusammenhang mit Europa. Die beiden Partner der Großen Koalition könnten sich, was die Grundsatzfragen angeht, ohnedies nur mühsam aufgedonnerte Scheingefechte liefern – ausgenommen den rechten Flügel der CDU, der so stereotyp wie die leichte Kavallerie des Oberschwadroneurs Westerwelle Steuersenkungen und nichts als Steuersenkungen fordert, von denen man genau genug weiß, dass sie für die destruk-

tive, ja anarchische Finanzpolitik des Regimes Bush mitverantwortlich waren. Es ist frappierend, mit welcher Unverfrorenheit auch die deutschen Großakrobaten der Misswirtschaft an ihren »Boni« festzuhalten versuchen, statt aus freien Stücken eine partielle Wiedergutmachung durch Rückzahlungen an ihre Unternehmen zu leisten. Mögen sich die konservativen und die moderaten Christdemokraten über die Besteuerung der Höchst Einkommen in die Haare geraten (den Sozialdemokraten wird die Antwort keine Kopfschmerzen machen): Wichtiger ist, dass die CDU die Renaissance ihres »Sozialflügels«, der die Partei in ihren Anfängen geprägt hat, nicht wieder vergisst.

Die wachsende Arbeitslosigkeit, der sinkende Lebensstandard, die drohende Depression werden es ihr kaum erlauben, der wieder entdeckten Motivation ihrer Gründerjahre so rasch Adieu zu sagen. Ob Westerwelles FDP inspirierende Antworten auf die sich verschärfende soziale Not einfallen? Ist sie auf die Prüfung unserer europäischen Solidarität vorbereitet? Auf den finanziellen Kollaps Osteuropas, den Krugman in seinen schwarzen Visionen heraufbeschwört? Auf den Zusammenbruch, von dem nach der Einsicht des Kolumnisten der *New York Times* auch Griechenland, Spanien, Italien, ja sogar Österreich bedroht sein könnten? Kaum.

Ohnedies steht dahin, ob die Wähler bereit sind, einer schwarz-gelben Koalition die Mehrheit zu verschaffen. Es ist ebenso wenig ausgemacht, dass Rot-Grün allein imstande sein wird, die nächste Bundesregierung zu bilden. Und die berühmte, die berühmte Ampel? Vielleicht bewirkt der Heilige Geist das Mirakel, das es brauchte, an einen Außenminister Westerwelle ohne Schwindelgefühle zu denken. Vielleicht, vielleicht öffnet der Herr den Freien Demokraten auch die Augen für das Scheitern des Ultraliberalismus, dessen Elend sich am Ende aus einem erschreckenden Mangel an Seriosität und Kompetenz erklärt.

Wenn nicht vieles täuscht, dann ist eine Neu-Auflage der Großen Koalition keineswegs ausgeschlossen: am besten, das versteht sich, unter der Führung eines Kanzlers Steinmeier. Angesichts der drohenden Katastrophe wäre dies nicht die schlechteste Lösung. Das sollten die Partner auch im Gewühl des Wahlkampfes niemals ganz aus dem Auge verlieren. Und sie müssen, das sind sie den Bürgern und der Lage schuldig, trotz aller Wahlängste und allen Wahlkollers, ihre Regierungsfähigkeit bis zur letzten Stunde aufrecht erhalten. Die »Krise« erlaubt keine Pause in der Kooperation.

Sie verrieten ihre besseren Einsichten, alle beide, wollten sie nun mit der nationalen Karte trumpfen. Sie wissen sehr wohl, dass dies eine Existenzprüfung für die Europäische Union ist – auf Gedeih und Verderb. Bilde sich nur keiner der Partner ein, er könne die eigene Haut ohne die anderen retten. Krugman zeichnete die Konsequenzen hart genug aus: ein neues Aufblammen der Nationalismen und eine

Hochkonjunktur für die antidemokratisch-radikalen Parteien. Bis zu einer dritten Selbsterfleischung des Kontinentes wäre es dann nur ein Schritt. Zum andern hält es der Amerikaner für möglich, dass uns der Schrecken der Alternative dazu ermutigen könnte – zumal Deutsche und Franzosen – die längst fälligen Entscheidungen für die Stärkung der Gemeinschaft und ihrer Währung zu treffen: durch die Entwicklung einer gemeinsamen Finanzpolitik, die den Namen verdient, durch die Installierung eines exekutiven Wirtschafts- und Währungsrates, schließlich die Ablösung der einzelstaatlichen Schuldverschreibungen durch eine EU-Anleihe, die von der Gesamtheit der Union gesichert würde. Dies könnte sozusagen das Glück im Unglück sein – und womöglich die einzige Chance, der Katastrophe zu entkommen. Was Paul Krugman angeht: Es wäre nicht das erste Mal, dass sich die Amerikaner als die besseren Europäer erwiesen. Nicht anders war es nach 1945.

Anke Hassel

Einbettung der globalen Ökonomie

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Weltwirtschaftsordnung

Die notwendige Neuordnung der Weltwirtschaft wird auch zu einer Wende in der bisher praktizierten Form der Liberalisierung führen. Die Globalisierung der Produkt- und Finanzmärkte wird an Fahrt verlieren.

Im Auge des Tornados wissen wir wenig darüber, wie lange die weltweite Wirtschaftskrise anhalten wird und wie tief die einzelnen Ökonomien in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir wissen weder, wie viele Arbeitsplätze vernichtet werden, wie stark sich die Regierungen verschulden werden und wie viel Wachstum vernichtet wird. Noch haben wir eine Ahnung davon, ob Regierungen nicht doch zu protektionistischen Maßnahmen greifen werden, die Un-



Anke Hassel

(* 1965) ist Professorin für Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin.

hassel@hertie-school.org

gleichgewichte in der Eurozone die Währungsunion bis an den Rand des Ausei-